

Antrag

der Abgeordneten Horst Seehofer, Peter Rauen, Karl-Josef Laumann, Matthias Wissmann, Johannes Singhammer, Dagmar Wöhrl, Brigitte Baumeister, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Hansjürgen Doss, Rainer Eppelmann, Klaus Francke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Siegfried Hornung, Ulrich Klinkert, Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Elmar Müller (Kirchheim), Claudia Nolte, Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz-Xaver Romer, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Heinz Schemken, Karl-Heinz Scherhag, Dorothea Störr-Ritter, Andreas Storm, Max Straubinger, Matthäus Strebl, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau) und der Fraktion der CDU/CSU

Bündnis für Arbeit gescheitert – Reformen endlich umsetzen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das Bündnis für Arbeit als das wichtigste Projekt der Bundesregierung bezeichnet. Darin sollten alle Maßnahmen vereinbart werden, die für den Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Nach drei Jahren und mehreren Gesprächsrunden muss festgestellt werden, dass dabei für die Arbeitslosen nichts herausgekommen ist. Im Gegenteil: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich zuletzt deutlich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen ist im letzten Jahr saisonbereinigt um rd. 170 000 gestiegen, obwohl der Arbeitsmarkt alleine aus demographischen Gründen jedes Jahr um mehr als 200 000 Personen entlastet wird. In diesem Jahr wird die Zahl der Arbeitslosen nach den Prognosen der Bundesregierung in der Spitze voraussichtlich auf bis zu 4,3 Millionen steigen. Berücksichtigt man darüber hinaus die Personen, die sich zurzeit in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden, dann sind aktuell rd. 6 Millionen Menschen ohne Job. Damit wird die Bundesregierung das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf unter 3,5 Millionen zu drücken, weit verfehlen.

Gleichzeitig ist das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr mit 0,6 Prozent so gering ausgefallen wie fast zehn Jahre nicht mehr. Und auch für das laufende Jahr gehen die Wirtschaftsexperten von einem Wachstum von deutlich unter einem Prozent aus.

Auch die Beschäftigungsbilanz der Bundesregierung ist miserabel. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im letzten Jahr saisonbereinigt um rd. 100 000 gesunken und der ausgewiesene Beschäftigungsanstieg im Wesentlichen auf die statistische Erfassung der 630-DM-Jobs zurückzuführen. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass sich auch in diesem Jahr der Abbau des Beschäftigungsvolumens weiter fortsetzen wird.

Die Ursache für die Misere auf dem Arbeitsmarkt ist struktureller Art, die auch durch kurzfristig wirkende Konjunkturprogramme und statistische Tricks allen-

falls überdeckt werden kann. Die Probleme sind vor allem hausgemacht. Statt auf den Reformen der alten Bundesregierung aufzubauen, wurden diese zurückgenommen. Andere Reformen weisen in eine völlig falsche Richtung, tragen zur Verkrustung auf dem Arbeitsmarkt bei oder sind hilfloser Aktionismus. Echte Strukturreformen wurden nicht angegangen. Trotz milliardenschwerer Förderprogramme ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in 2001 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Und auch die Vereinbarungen zur beschäftigungsorientierten Tarifpolitik sind angesichts steigender Belastungen für Arbeitnehmer und miserabler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bereits heute Makulatur. Es ist verständlich, dass Unternehmer keine Arbeitsplätze schaffen und schon gar keine verbindlichen Zusagen zur Schaffung von Arbeitsplätzen geben können, wenn die grundlegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Auf der anderen Seite fordern die Gewerkschaften angesichts steigender Belastungen durch die Benzin- und Stromsteuer sowie vor dem Hintergrund steigender Krankenversicherungsbeiträge und der Preissteigerung höhere Lohnzahlungen, als dies wirtschafts- und beschäftigungspolitisch vertretbar wäre und im Gegensatz zu den Beschlüssen im Bündnis selbst.

Das so genannte Bündnis für Arbeit der Bundesregierung ist damit auf der ganzen Linie gescheitert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die „Politik der ruhigen Hand“ zu beenden und überfällige Reformen gegen die unzumutbar hohe Arbeitslosigkeit umzusetzen. Beim Bündnis für Arbeit muss endlich alles auf den Tisch, was zu mehr Beschäftigung führt:

- Die Bundesregierung muss vor allem durch eine Wirtschaftspolitik, die auf den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft ruht, geeignete Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen, damit auch die Tarifpartner ihre Verantwortung für mehr Beschäftigung richtig wahrnehmen können. Dazu gehört eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf unter 40 Prozent und mittelfristig eine Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent sowie eine Begrenzung des Gesamtsozialversicherungsbeitrages auf unter 40 Prozent.
- Das Arbeitsrecht muss flexibilisiert und entbürokratisiert werden. Nur wenn Beschäftigungshemmnisse abgebaut und Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Unternehmergeist gewürdigt und gefördert werden, kann es gelingen, den Arbeitsmarkt zu beleben und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Notwendig ist vor allem die Rücknahme des allgemeinen Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, der Neuregelung von befristeten Arbeitsverhältnissen sowie der kostentreibenden Elemente der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Darüber hinaus muss das Tarifvertragsgesetz weiterentwickelt werden, um Bündnisse für Arbeit auf Betriebsebene zu ermöglichen. Leiharbeit muss wieder attraktiv gemacht und der Abschluss befristeter Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden.
- Notwendig ist auch eine umfassende Reform der Arbeitsmarktpolitik. Bundesweit müssen die Anreize zur Aufnahme von Arbeit durchgreifend verbessert und die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen erhöht werden. Die vorhandenen Mittel müssen auf die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen konzentriert werden, die die größte Wirkung entfalten und konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Dazu gehören nicht nur Kombilohnmodelle, sondern vor allem auch das Einstiegsgeld für arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes sowie verbesserte Anrechnungsregeln in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei Zusatzverdiensten. Die Ablehnung

eines Arbeitsangebotes oder einer Qualifizierungsmaßnahme muss zudem konsequent zum Verlust des Anspruchs auf soziale Leistungen führen. Hierzu ist die Beweislast umzukehren und auf die Transferempfänger zu übertragen. Die 325-Euro-Jobs müssen drastisch entbürokratisiert werden.

- Die Bundesregierung hat im Juli 1999 im Rahmen des Bündnisses für Arbeit eine Arbeitsgruppe „Benchmarking“ etabliert, die unter Auswertung der Erfahrungen anderer Länder den für Deutschland besten Weg zu mehr Arbeitsplätzen aufzeigen sollte. Der Bericht der Benchmarking-Arbeitsgruppe liegt inzwischen seit Monaten mit konkreten Vorschlägen vor. Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, diesen Bericht endlich zur Kenntnis und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen unverzüglich in Angriff zu nehmen. Dazu gehören vor allem flexiblere Kündigungs-schutzregelungen und Beschäftigungsverhältnisse für Geringqualifizierte, ein ausreichender Abstand zwischen Sozialhilfe und Nettolohn, bessere Kombinationsmöglichkeiten zwischen Transferleistungen und Arbeitseinkommen, eine enge Verknüpfung von Lohnersatzleistungen an die aktive Mitwirkung des Leistungsempfängers bei der Stellensuche, der Ausbau von Sanktionierungsmöglichkeiten sowie eine bedarfsgerechte Qualifizierung.

Berlin, den 23. Januar 2002

Horst Seehofer
Peter Rauen
Karl-Josef Laumann
Matthias Wissmann
Johannes Singhammer
Dagmar Wöhrl
Brigitte Baumeister
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Hansjürgen Doss
Rainer Eppelmann
Klaus Francke
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Siegfried Hornung
Ulrich Klinkert
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Elmar Müller (Kirchheim)
Claudia Nolte
Friedhelm Ost
Dr. Bernd Protzner
Hans-Peter Replik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz-Xaver Romer
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Dorothea Störr-Ritter
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

